

## Filmfestspiele Berlin

»Wer wenn nicht wir«, die Vorgeschichte der RAF im zweiten deutschen Wettbewerbsbeitrag. Debatte über Zensur in Iran. Privatisierung des Regens – ein Film über Bolivien. **Seiten 2, 14 und 24**



## Heute im wochenND

Klimaaktivistin aus Potsdam – Alternative Wohnprojekte in Hamburg und Kopenhagen – Gunst und Gift des Pluralismus – Linke und Basisdemokratie – Suche am Bildschirm nach der Kultur – Ägypten: Die Revolution und ihre falschen Partner – Streitfrage: Wie weiter mit der WestLB? – Warum van Gogh die Farbe wechselt – Besuch im Naumburger Dom – Rätsel, Reisen und ein Lichtblick



# Iran: Todesdrohung gegen Oppositionsführer

Zehntausende Regimeanhänger in Iran zusammengetrommelt / Dutzende Tote bei Protesten in Libyen / Ägypter fordern schnellere Reformen

Zehntausende Regierungsanhänger sind in Iran dem Aufruf von Präsident Mahmud Ahmadinedschad gefolgt und haben in aufgeheizter Stimmung gegen die Opposition demonstriert. Auch in Libyen drohen nach tagelangen Protesten gegen Machthaber Muammar al-Gaddafi dessen Gefolgsleute mit Gewalt gegen Oppositionelle. Unterdessen wollen die Ägypter ihre Reformen vorantreiben.

**Teheran/Tripolis/Kairo** (Agenturen/ND). Die vor der Teheraner Universität versammelte Menge rief Todesdrohungen gegen die Oppositionsführer Mir Hussein Mussawi und Mehdi Karrubi: »Tod Mussawi, Tod Karrubi«. Geistliche nutzten das Freitagsgebet zu Anfeindungen der Regierungsgegner.

**Der Traum vom neuen Ägypten / Libysche Beobachtungen / Bedroht in Iran: Mehdi Karrubi** **Seiten 3 und 8**

Die offiziellen Wortführer der Demonstranten vor der Universität feuerten die Menge an, die lautstark die Hinrichtung Mussawis und Karrubis forderte. Nach dem Freitagsgebet stießen die Geistlichen zu den Demonstranten auf dem Revolutionsplatz und skandierten dieselben Forderungen: »Tod Mussawi, Tod Karrubi!« In seiner Predigt verlangte Ayatollah Ahmed Dschanati, Chef des mächtigen Wächterrates, die völlige Isolation Mussawis und Karrubis.

Der Leiter der iranischen Justiz, Ayatollah Sadek Laridschani, hatte zuvor angekündigt, dass Mussawi



Unterstützung für das Regime in Teheran: Das Plakat zeigt Oppositionspolitiker am Galgen.

Foto: dpa/Abedin Taherkenareh

und Karrubi künftig »keine Erklärungen« mehr veröffentlichen könnten. Er bezeichnete sie als »Verräter«. Die beiden Oppositionsführer stehen bereits seit Tagen de facto unter Hausarrest.

Nach tagelangen Protesten gegen den libyschen Herrscher Muammar al-Gaddafi haben dessen

Gefolgsleute mit massiver Gewalt gegen Oppositionelle gedroht. Die sogenannten Revolutionskomitees erklärten am Freitag, weitere Demonstrationen würden mit »harter« Gewalt beantwortet. Seit Dienstag sollen bei den Protesten Dutzende Menschen durch Sicherheitskräfte getötet worden sein.

Bei Demonstrationen gegen Gaddafi sollen in Bengasi allein am Freitag 25 Menschen getötet worden sein. Das verlaute aus gut unterrichteten Kreisen in Libyen. Polizei und Mitglieder der Revolutionskomitees seien mit Gewalt gegen Oppositionelle vorgegangen. Derweil haben Hunderttausende

Ägypter am Freitag in Kairo auf dem zentralen Tahrir-Platz für zügigere Reformen demonstriert. Die Menge skandierte: »Weg mit der Regierung! Weg mit dem Ausnahmezustand!« Genau eine Woche nach der Entmachtung von Präsident Husni Mubarak waren die Demonstranten dem Aufruf der

Demokratiebewegung gefolgt, den »Freitag des Sieges« zu feiern.

Erstmals seit dem Rücktritt Mubaraks sind in Ägypten mehrere ehemalige Minister festgenommen worden. Örtliche Medien meldeten, der ehemalige Innenminister Habib al-Adli, Ex-Wohnungsbauminister Ahmed al-Maghrabi sowie der frühere Tourismusminister Suhair Garana befänden sich in Untersuchungshaft. Ihnen wird die Veruntreuung öffentlicher Gelder vorgeworfen.

Bei einer Oppositionskundgebung in Bahrains Hauptstadt Manama eröffnete die Polizei am Freitag das Feuer auf die Demonstranten. Dutzende Menschen wurden verletzt. Es war die erste Kundgebung, seit bei der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten in der Nacht zu Donnerstag vier Menschen getötet worden waren.

Bei einer Demonstration gegen die Regierung in Jemen sind in der Stadt Taes mindestens zwei Menschen durch eine Granate getötet worden. 27 weitere seien verletzt worden, als Unbekannte den Sprengsatz mitten in die Menge geworfen hätten, die sich im Zentrum der Stadt versammelt hatte, sagten Sanitäter am Freitag.

Widerstand regt sich auch in Oman: Rund 800 Menschen haben am Freitag in dem Golf-Sultanat für ein Parlament mit mehr Vollmachten demonstriert. Die Teilnehmer skandierten Parolen wie »Ja zu Reformen! Nein zur Korruption!« und »Wir wollen Demokratie!«, berichteten Augenzeugen. Oman wird von Sultan Kabus nahezu absolutistisch regiert.

## Unten links

»Hütet eure Ohren, oder ihr seid Toren!«, wusste schon Walther von der Vogelweide. Getreu diesem Motto hatte sich ein Beamter in Rheinland-Pfalz zwei Hörgeräte für über 5000 Euro angeschafft. Als behilffsfähig wurden ihm jedoch nur 1025 Euro pro Ohr anerkannt – laut Bundesbehilffeverordnung für Beamte die Höchstgrenze. Das sei Unrecht, entschied jetzt das Verwaltungsgericht Koblenz, vor dem der Mann geklagt hatte: Der Dienstherr habe dafür Sorge zu tragen, dass ein angemessener Lebensunterhalt der Beamten und ihrer Familien auch bei besonderen Belastungen sichergestellt sei. Das bedeute auch, dass Beamte in diesen Lebenslagen nicht mit erheblichen Ausgaben alleingelassen werden dürften, für die sie nicht in zumutbarer Weise aufkommen könnten. Tja, Beamte kann man eben nicht so leicht übers Ohr hauen. Und wenn sie uns selbiges bisweilen mal nicht gleich leihen, wissen wir nun auch warum: Schließlich könnte sich darin ein sauteures Hörgerät befinden. *ibo*

[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)  
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR  
Slowakei 1,70/2,10 EUR  
Tschechien 61/71 CZK  
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



## Hamburger eröffnen Superwahljahr 2011

Ahlhaus vollzog bereits letzte Amtshandlung

**Am Sonntag steht den Hamburgern die Wahl der Bürgerschaft ins Haus. Sie haben damit das Privileg, das Superwahljahr 2011 mit sieben Landtags- und zwei Kommunalwahlen einzuläuten.**

**Berlin** (ND-Kalbe). Wenn die Hamburger der SPD zur Macht in der Hansestadt verhelfen, wie es die Umfragen vorhersagen, geht mit diesem Wochenende eine zehnjährige Regierungszeit der CDU zu Ende. Hamburgs Erster Bürgermeister, Christoph Ahlhaus, dürfte mithin am Freitagabend zum Matthiae-Mahl seine letzte Amtshandlung vollziehen haben. Traditionsgemäß auf der obersten Stufe des Rathauses stehend, empfing er dazu Bundesumweltminister Norbert Röttgen und dessen dänische Kollegin Lykke Friis – vor rund 500 Jahren bürgerte sich dieses Ritual ein, damit das Stadtoberhaupt nicht in Verlegenheit gerate, Gästen zu Pferde aus dem Sattel helfen zu müssen. Das Ehrenmahl, das seit 1356 historisch belegt und damit den Angaben zufolge das weltweit älteste noch begangene Festmahl ist, mag Ahlhaus genossen haben. Auf ein Ehrenmal für seine nur halbjährige Regierungszeit darf er hingegen nicht hoffen.

Denn SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz ist angetreten, Ahlhaus seinerseits aus dem Sattel zu heben.

Der einstige Vertraute von Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich für den Fall, dass die SPD die absolute Mehrheit für eine Alleinregierung verfehlt, überdies der Zuneigung der Grünen versichert. Diese sind durchaus bereit, zu einer Neuaufgabe von Rot-Grün mit ihm in das Hamburger Rathaus zu ziehen, um ordentlich zu regieren, wie der SPD-Spitzenkandidat im Wahlkampf den Hamburgern immer wieder versprochen hat, um damit einen vermeintlichen Klassenunterschied zur CDU deutlich zu machen.

Die LINKE, die bei der letzten Wahl mit 6,4 Prozent erstmals in die Bürgerschaft eingezogen war, ist angesichts der Umfragen zuversichtlich, auch in der kommenden Wahlperiode wieder ihre Oppositionsplätze einzunehmen. Zum »ordentlichen Regieren« Olaf Scholz' merkt bereits jetzt ihr bisheriger finanzpolitischer Sprecher Joachim Bischoff an, dieses werde sich in »Nullkommanichts« verbraucht haben. Die SPD habe versprochen, sich bei den Kitagebühren zu bewegen und die Studiengebühren abzuschaffen. Dann werde schon kein Geld mehr da sein. Im ND-Interview plauderte Bischoff zudem aus, dass die LINKE bereits bisher damit zu tun hatte, die SPD in der Opposition aus dem Schlaf zu wecken.

Interview Seite 4

## Gastkolumne

## Dresden ist reif für den Protest

Von Stefan Thiele



Der 38-jährige Freiberufler ist ein Sprecher des Bündnisses »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer«

Foto: privat

»Nein, für einen Blockade-Aufruf ist Dresden noch nicht reif.« An dieser Position arbeitete sich das Bündnis »Nazifrei! Dresden stellt sich quer« nach seiner Gründung im Herbst 2009 wochenlang ab – bis die erfolgreichen Blockaden im darauf folgenden Februar das Gegenteil bewiesen: Dresden war nicht nur reif für den Aufruf, sondern auch für die Blockaden selbst.

Viel zu lange hatte die Stadt dem alljährlichen Neonazi-Aufmarsch zugesehen; Proteste wurden von Polizei und Stadtverwaltung nach Kräften behindert, die Zahl der angereisten Neonazis wuchs von Jahr zu Jahr. Erst die Blockaden am Neustädter Bahnhof durchschlugen den gordischen Knoten, zu dem sich die konservative Stadtpolitik, der tradierte Opfermythos und die sächsische Extremismustheorie verheddert hatten. Über 10 000 Menschen zeigten, dass es eine einfache Alternative zum öffentlich geforderten Wegsehen gibt: Eingreifen – massenhaftes, gemeinsames und entschlossenes Eingreifen. Die Leserbriefseiten der Lokalzeitungen quollen über; zahllose »unreife« Dresdener begrüßten die Blockaden und schimpften über die Selbstgefälligkeit der Stadtoberen.

In den folgenden Monaten schlossen sich dem Nazifrei-Bünd-

nis mehr und mehr Organisationen und Einzelpersonen an, ohne dass die Entschlossenheit der Breite des Bündnisses geopfert werden musste. Ziel und Mittel blieben klar definiert: Wir verhindern Europas größten Nazi-Aufmarsch mit Massenblockaden. Die überzeugende Kraft dieses einfachen Konzepts machte Schule: In vielen anderen Städten und Regionen entstanden eigene Nazifrei-Bündnisse, rechte Aufmärsche in Berlin, Leipzig und anderswo wurden blockiert. Eine neue Kultur antifaschistischen Protests entstand, eine Kultur, die von der Breite der Bündnisse und der Solidarität im kollektiven Handeln lebt.

Doch in der Dresdener Stadtverwaltung scheint die Zeit still zu stehen. Auf die Ankündigung von »Dresden nazifrei!«, sich den Neonazis auch in diesem Jahr entgegenzustellen, antwortet die Stadt mit Verboten, Drohungen und Beschimpfungen. Aber ziviler Unge-

horsam hieße nicht so, wenn es keine zu überwindenden Hürden gäbe. Von der Legitimität des gemeinsamen Protestes überzeugt, werden sich am heutigen Sonnabend 15 000 Menschen in Dresden dort auf die Straße setzen, wo die Nazis entlang marschieren wollen. Sie werden Bahnhöfe und Zufahrtswege abriegeln, um die Anreise der Nazis zu verhindern, sie werden stundenlang in der Kälte ausharren. Im Unterschied zum letzten Jahr werden aber Tausende Dresdenerinnen und Dresdener gemeinsam mit den angereisten Blockierern auf der Straße sitzen. Schon am vergangenen Sonntag protestierten 3500 Menschen aus Dresden trotz ausdrücklichen Verbots in der Innenstadt gegen den ersten der beiden Nazi-Aufmärsche. Die meisten von ihnen kamen geradewegs von der Menschenkette, deren abstraktes »Aussenden von Signalen« vielen offensichtlich nicht mehr reicht: Demokratie verlangt Einmischung.

Alles Drohen der Stadtverwaltung mit »Lagertrennung« und alles Diffamieren mit »Extremisten« und »reisenden Gewalttätern« wird den Protest nicht aufhalten können. Er wird weitergehen, bis Europas größter Nazi-Aufmarsch Geschichte ist. Dresden ist reif für den Protest.